

Pressemitteilung vom 13. März 2020

Landesverband
Schleswig-Holstein
e.V.

Fon 0431 66060-0
Fax 0431 66060-33

info@bund-sh.de
www.bund-sh.de

Rainer Guschel,
Vorstandsmitglied

rainer.guschel
@bund-sh.de
Fon 04821-71208

BUND kritisiert Genehmigung zur Zwischenlagerung hoch radioaktiver Abfälle trotz Sicherheitsproblemen

Der BUND Schleswig-Holstein rügt die fehlende Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Genehmigung von Behältern, die unzureichende Störfallbetrachtung und die mangelnde Vorsorge im Fall des Versagens der Primärdeckeldichtung

Kiel/Hessen. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., Landesverband Schleswig-Holstein (BUND) zeigt sich angesichts der offensichtlichen Sicherheitsmängel bei der Genehmigung zur Zwischenlagerung hoch radioaktiver Abfälle im Standort-Zwischenlager Biblis (Hessen) entsetzt. Im Dezember 2019 wurde die Genehmigung erteilt. In naher Zukunft sind Genehmigungen dieser Art in Brokdorf (Schleswig-Holstein) sowie Ohu (Bayern) zu erwarten.

„Wir haben bereits am hessischen Genehmigungsbeispiel gesehen, dass für die Sicherheit der Bevölkerung und der Umwelt keine ausreichende Vorsorge getroffen wurde.“, bemängelt Rainer Guschel, Vorstandsmitglied und Sprecher des Arbeitskreises Atom beim BUND Schleswig-Holstein. „Das Gleiche können wir bald für Schleswig-Holstein erwarten. Hier muss ein klares Signal der Landesregierung erfolgen, dass die Menschen im nördlichsten Bundesland besser geschützt werden“.

Für die bereits erfolgte Genehmigung hat der BUND Hessen vor allem folgende Sicherheitsprobleme festgestellt:

- Keine ausreichende Vorsorge für den Fall des Versagens der Primärdeckeldichtung
 - o sicherheitstechnisch problematisches Fügedeckelkonzept
 - o keine Gewährleistung der jederzeitigen Abtransportierbarkeit der Behälter, wie sie für bisherige Genehmigungen bei bestrahlten Brennelementen Voraussetzung ist
 - o mögliche Anerkennung eines Sicherheitsnachweises für den Abtransport mit verringerten Sicherheitsmargen
 - o Nichteinhaltung der ESK-Empfehlung für die Zwischenlagerebene ein „qualifiziertes Konzept“ für eine Primärdeckeldichtungswechselstation vorzulegen
 - o Genehmigung für 40 Jahre obwohl bekannt ist, dass eine längere Zwischenlagerdauer erforderlich sein wird
 - o Unzureichende Störfallbetrachtungen, insb. hinsichtlich des Verhaltens von Stahlkokillen und Glaskörper

- Keine ausreichende Betrachtung von gezielten Flugzeugabstürzen (z.B. Terroranschläge)

Darüber hinaus ist trotz der beabsichtigten Nutzung neuartiger Behälter und Behälterinventare keine Umweltverträglichkeitsprüfung und auch keine Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt worden.

Pressekontakt BUND SH:

Ann Kristin Montano, Referentin für Naturschutz und Öffentlichkeitsarbeit BUND SH,
annkristin.montano@bund-sh.de, Tel.: 0431/66060-51

Fachlicher Kontakt BUND SH:

Rainer Guschel, Vorstandsmitglied und Sprecher des Arbeitskreises Atom beim BUND Schleswig-Holstein, rainer.guschel@bund-sh.de, Tel.: 04821-71208

Hintergrund:

Studie „Aktuelle Probleme und Gefahren bei deutschen Zwischenlagern für hoch-radioaktive Abfälle“ von Diplom-Physikerin Oda Becker im Auftrag des BUND:
www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/atomkraft/atomkraft_zwischenlager_studie.pdf

Der offene Brief des Physikers Wolfgang Neumann (ehemals intac) an die Genehmigungsbehörde BASE und an die zuständige Atomaufsicht in Hessen:
umweltfairaendern.de/wp-content/uploads/2020/02/OffenerBrief_WolfgangNeumann_an_BASE_zu_HAW_WAA_ZL_-_Biblis.pdf

BUND Hessen „Widerspruch gegen die 9. Änderungsgenehmigung zur Aufbewahrung von Kernbrennstoffen im Standortzwischenlager in Biblis der BGZ mbH“: www.bund-hessen.de/fileadmin/hessen/Publikationen/Arbeitskreise/AK-Energie/2020-02-10_Brief_an_BASE_Castoreinlagerung.pdf